



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

VORSCHLAG AUS DEM BUNDESUMWELTMINISTERIUM BREMST INVESTITIONEN IN KLIMASCHUTZ

01.03.2012 Fachinformation

Ein Papier des Bundesumweltministeriums, welches neue Vorschriften für die Dämmung von Häusern beinhalten soll, sorgt für Unmut. Hohe Anforderungen der Energieeinsparverordnung (EnEV) 2009 an die Energieeffizienz von Wohngebäuden hemmen Investitionen der Wohnungsunternehmen. Über die Regelungen der EnEV 2009 hinausgehende Verschärfungen wie die Einführung von Sanierungspflichten für den Gebäudebestand würden die energetische Sanierung für noch mehr Gebäude unwirtschaftlich machen. Soweit den zusätzlichen Investitionen keine zusätzlichen Erträge gegenüberstehen, werden private Akteure diese Investitionen nicht tätigen können. Mit einer weiteren Erhöhung von Mindestanforderungen würden darüber hinaus auch die Mieter deutlich belastet. Soziale Auswirkungen seien zu befürchten, weil Haushalte mit niedrigeren Einkommen in unsanierte Bestände verdrängt oder weil die Anforderungen für Teile der Bestände zum Sanierungshemmnis würden, mahnt der GdW. Energiewende im Dialog Gefordert wird, dass solche Papiere nicht ohne die beteiligten Branchen und anderen Ministerien erarbeitet werden. Möglichkeiten der Energieeinsparung auf technologischer Ebene seien breiter zu prüfen und zu fördern. Dämmen sei nicht das Allheilmittel zum Erreichen der Energiewende. Es fehlt an einem Gesamtkonzept, das die ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit berücksichtigt. Noch weniger vertrauenswürdig ist es, dass derzeit statt der angekündigten 1,5 Milliarden Euro für die KfW-Gebäudesanierungsprogramme 2012 nur noch 900 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Aus Sicht der Bundesvereinigung Spitzenverbände der Immobilienwirtschaft (BSI) wären eigentlich rund fünf Milliarden Euro notwendig gewesen, um die Energieziele der Bundesregierung zu erreichen. Darüber hinaus hängt das Gesetz zur steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudesanierung weiterhin im Vermittlungsausschuss fest. So droht die Energiewende zu scheitern. "Es muss ein Zusammenspiel von ausreichender Förderung, gleichbleibenden Standards und verbesserten Förderkonditionen geben, um eine möglichst flächendeckende Breitenwirkung zu erreichen", so die Forderung der BSI.

<https://bbu.de/beitraege/vorschlag-aus-dem-bundesumweltministerium-bremst-investitionen-klimaschutz>